

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) (Plenarsitzung vom 21.12.2011)**

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin Kraft, die momentan leider nicht da ist! Wir erleben in Nordrhein-Westfalen eine Kursänderung in der Haushaltspolitik, eine verbale Abkehr der SPD und der Grünen von einer vorsorgenden Finanzpolitik. Ob es nicht nur verbal ist, das werden wir im Einzelnen noch zu prüfen haben. Das sage ich an dieser Stelle auch sehr deutlich.

Ich habe es in meiner langen Zeit hier im Haus noch nie erlebt, dass wir erst zwei Tage, bevor wir die Debatte führen, die Haushaltsbände übermittelt bekommen. Das ist auch etwas, was man deutlich kritisieren muss. Ich finde es eigentlich unerhört,

(Beifall von der LINKEN)

wenn man so lange Zeit hat und den Haushalt so verschleppt, wie diese Landesregierung das gemacht hat, und den Entwurf erst Weihnachten einbringt, anstatt ihn zu verabschieden. Wir werden auch sehen, was unsere Haushaltsklage vor dem Verfassungsgerichtshof

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was denn?)

in Münster bringen wird. – Frau Beer, gedulden Sie sich etwas! Ich bin gerade erst angefangen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was soll die denn bringen?)

Wir können auch trefflich über tabuloses Sparen und eine Schuldenbremse streiten. Wir haben als Linke eine klare Haltung und lehnen diese Maßnahmen ab.

(Beifall von der LINKEN)

Dies teilen – ich muss sagen, zu meinem großen Erstaunen – auch viele Expertinnen und Experten in der Anhörung, viel mehr als ich das erwartet habe. Viele Expertinnen und Experten haben deutlich gemacht, dass diese Schuldenbremse, vor allem wie sie CDU und FDP hier immer wieder fordern, konjunkturrehemmend ist, dass das eine Wachstumsbremse ist und dass sie keinerlei Probleme tatsächlich lösen wird.

(Armin Laschet [CDU]: Ein Experte!)

– Nein, Herr Laschet, Sie waren ja nicht da.

(Widerspruch von Armin Laschet [CDU])

Sehr viele, auch teilweise Experten, die Sie eingeladen hatten, waren durchaus kritisch.

Man muss aber auch deutlich sagen, dass die Finanzpolitik, die CDU und FDP in Berlin machen, noch viel chaotischer ist.

(Beifall von der LINKEN)

Das sind ja rasante Schwenks, die wir dort erleben. Immer wieder kommt die Steuersenkungspolitik. Sie haben immer noch nicht begriffen, dass das so nicht funktionieren kann und dass man eine andere Politik machen muss, um Haushalte tatsächlich zu konsolidieren.

Ich möchte an dieser Stelle einige Worte sehr konkret an Frau Kraft – vielleicht kann man das mitnehmen – und an die Landesregierung richten, einige nachdenkliche Worte, aber auch Worte der direkten Aufforderung.

Wir haben hier in Deutschland und auch in NRW eine unfassbare Mordserie rechtsradikaler Gewalttäter erlebt. Noch immer hat die Landesregierung in NRW nicht öffentlich gemacht, wie viele dieser rechtsradikalen Gesinnungstäter mit öffentlichen Mitteln aus der Landeskasse bezahlt werden. Wie viel Geld, Frau Kraft – das wollen wir sehr konkret von der Landesregierung wissen – von den Steuerzahlern in NRW fließen in die Taschen dieser Gewalttäter?

(Beifall von der LINKEN)

Das haben wir in mehreren Kleinen Anfragen gefragt. Ich sage es sehr deutlich: Wenn Mord und Totschlag durch öffentliche Gelder unterstützt werden, darf es und kann es keine Kompromisse geben.

(Beifall von der LINKEN)

Als Linker – das sage ich sehr deutlich – kann man keinem Haushalt zustimmen, aus dem Faschisten mit einer braunen Gesinnung finanziert werden.

(Beifall von der LINKEN)

Ich fordere Sie eindringlich auf, diesen Zustand zu beenden, bei dem es um Menschenrechte und besonders um Menschen mit migrantischer Geschichte geht.

Noch ein Thema, bei dem Menschenrechte massiv betroffen und berührt sind: Wir erleben hier in Europa zunehmend eine Debatte mit nationalen oder gar nationalistischen Tönen. Die Euro-Debatte ist dafür aus meiner Sicht nur ein Zeichen. Noch immer werden Menschen auch aus Nordrhein-Westfalen nach Serbien und in den Kosovo abgeschoben.

(Armin Laschet [CDU]: Was hat das mit dem Euro zu tun?)

Kinder, die hier geboren wurden, aus der Schule und den Kindergärten gerissen, vegetieren jetzt auf den Müllhalden in Belgrad, Novi Sad oder in Pristina.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Eine Schande ist das!)

Ich bin in den letzten Jahren immer wieder regelmäßig dort gewesen und habe das mit meinen eigenen Augen gesehen. Nichts ist gut in Serbien und im Kosovo. Ich anerkenne durchaus die Bemühungen des Innenministers, der im Moment leider nicht da ist, hier zumindest einen befristeten Abschiebestopp für die Wintermonate zu gewähren. Aber das ist auch keine Lösung, schon gar nicht eine dauerhafte Lösung. Wir brauchen hier ein dauerhaftes Bleiberecht und Sicherheit für diese Menschen in Deutschland,

(Beifall von der LINKEN)

für diese Kinder, die hier in Nordrhein-Westfalen geboren sind. Denn hier ist ihr Lebensmittelpunkt, zum Teil seit Jahrzehnten. Sie sind bei uns auch übrigens bestens integriert.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Sagel, verzeihen Sie ...

**Rüdiger Sagel** (LINKE): Auch in dieser Frage geht es letztlich um Geld, was das Land für sie finanziert. Es kann nicht wahr sein, dass immer nur für Abschiebung Geld da ist, aber nicht Geld für diese Menschen, damit sie hier in Nordrhein-Westfalen bleiben können.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Sagel, verzeihen Sie die Unterbrechung. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abruszat beantworten?

**Rüdiger Sagel** (LINKE): Bitte, gerne.

**Kai Abruszat** (FDP): Herzlichen Dank, Herr Kollege Sagel, dass Sie mir die Gelegenheit geben, zu fragen. Ich habe Ihren Ausführungen intensiv gelauscht, habe aber bislang Ihrer Rede noch keinen konkreten Vorschlag entnehmen können, wie Sie den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen 2012 gestalten, möglicherweise auch mit entsprechenden Sparvorschlägen gestalten wollen. Da wir eine Haushaltsdebatte haben, frage ich Sie, ob Sie uns an dieser Stelle wenigstens einen Vorschlag nennen können.

**Rüdiger Sagel** (LINKE): Herr Abruszat, ich habe jetzt genau zwei Minuten geredet, und ich habe noch 15 Minuten Redezeit. Ich habe gerade auf zwei gravierende menschenrechtliche Probleme hier

in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Insofern bitte ich, mir etwas Zeit zu geben. Ich komme natürlich noch auf diese Gedanken und Ansprüche, die Sie an mich gestellt haben, gerne zurück, aber nicht an dieser Stelle.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage es noch einmal deutlich: Das, was ich gerade benannt habe, ist ein Grundproblem hier in Nordrhein-Westfalen. Denn für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen wird die Situation auch aufgrund der jetzt höheren Steuereinnahmen, die wir verzeichnen, nicht besser.

Ich sage auch sehr deutlich: Die Linke hat beispielsweise durch eine um 1,5 % höhere Grunderwerbsteuer dazu beigetragen – und da sind wir schon bei den Vorschlägen –, dass wir, wie es auch im Haushaltsentwurf 2012 steht, 400 Millionen € Mehreinnahmen haben werden. Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke hat auch dazu beigetragen, dass uns hier im Land 200 zusätzliche Steuerprüferinnen und Steuerprüfer zur Verfügung stehen werden. Auch das trägt dazu bei, dass die Finanzlage des Landes verbessert wird. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass 100 zusätzliche Ausbildungsplätze für Steuerprüferinnen und Steuerprüfer geschaffen werden; denn in den kommenden Jahren wird es in diesem Bereich zu massiven Problemen kommen.

(Beifall von der LINKEN)

Auch das ist eine Maßnahme, die Die Linke unterstützt hat. Das muss fortgesetzt werden, und wir werden entsprechende Anträge genau in diese Richtung stellen.

Sie gucken nur starr auf die Sparseite, die Ausgabenseite. Sie müssen aber auch einmal auf die Einnahmenseite gucken. Aber auf dem Auge sind Sie komplett blind, da kommt von Ihnen überhaupt nichts.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage es an der Stelle noch einmal,

(Ralf Witzel [FDP]: Nur abkassieren! Sie können nur abkassieren!)

weil es sehr wichtig ist: Wir haben die Situation, dass nicht nur der Haushalt des Landes, sondern auch die Haushalte der Städte und Gemeinden chronisch unterfinanziert sind. Wir erleben ganz real, dass beispielsweise Bildungseinrichtungen und Schwimmbäder geschlossen werden und Sportstätten nicht mehr finanziert werden können. Wir erleben auch bei sozialen Einrichtungen, dass diese ihre Hilfsangebote nicht mehr machen können. Wenn in diesem Bereich nicht endlich deutlich etwas passiert, wenn nicht endlich eine Kurskorrektur vorgenommen wird – meine

Kollegin Demirel hat hier schon mehrfach einen um 2 % höheren Verbundsatz im GFG vorgeschlagen –, dann werden wir eine entsprechende Finanzierung der Kommunen nicht hinbekommen. Wir werden darüber ja gleich noch eine Debatte führen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage noch einmal sehr deutlich: Der hier eingeschlagene Sparkurs ist vom Grundsatz her falsch. Denn man kann die Haushaltsprobleme in Nordrhein-Westfalen nicht durch Sparpolitik lösen. Das ist eine angstgesteuerte Politik, die von SPD und Grünen hier in Nordrhein-Westfalen gemacht wird. Es ist ja kein Wunder, dass die neoliberale FDP mit ihrer Spürnase genau diese Fährte aufgenommen hat.

Ich habe heute mit Bewunderung gesehen, dass sich meine Kollegin Freimuth schon die knallroten Schuhe angezogen hat. Offensichtlich wollen Sie sich auf diesen Schuhen in Richtung SPD und Grüne bewegen. Wenn hier die ganze Zeit verbal nur Sparpolitik und tabuloses Sparen angekündigt wird, ist es kein Wunder, dass Sie sich eingeladen fühlen. Ich kann dazu nur sagen: Wir als Linke fühlen uns nicht eingeladen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben nach wie vor mehr als 3 Milliarden € Schulden. Man kann natürlich darauf hinweisen, dass der Haushalt weniger in die Neuverschuldung getrieben wird, wie Herr Mostofizadeh es gerade gesagt hat. Wir werden allerdings keinen wirklich auskömmlich finanzierten Haushalt hinbekommen, wenn es nicht endlich zu einer anderen Steuerpolitik in Berlin kommt und wenn wir nicht endlich die Erbschaftsteuer, die Vermögensteuer, die Spitzensteuersätze erhöhen. Das ist der richtige Weg, um Haushalte auskömmlich zu finanzieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Nur abkassieren! Furchtbar!)

Ich sage auch noch etwas zu der Problematik im Landeshaushalt. Ich höre natürlich mit Interesse, dass die Landesregierung eine globale Minderausgabe von 700 Millionen € ausweisen will. Die CDU kritisiert das. Sie sagt, hier werde das Parlament tangiert, und die nötige Haushaltsklarheit und -wahrheit – das waren meine Argumente, die ich schon vor einiger Zeit vorgetragen habe – sei nicht mehr gegeben. Aber wer sagt das denn? Meine eigenen Worte sagt mir jetzt jemand, der noch vor Kurzem gefordert hat, dass die globale Minderausgabe auf über 1 Milliarde € steigen soll. Das war die Forderung der CDU im Haushalts- und Finanzausschuss zum Haushalt 2011. Da merkt man doch, dass bei der CDU hinten und vorne gar nichts zusammenpasst.

(Beifall von der LINKEN)

Die FDP – dazu habe ich gerade schon etwas gesagt – ist ja nicht besser.

Aus meiner Sicht ist es so: Die sozialen Probleme in Nordrhein-Westfalen werden verschärft, und daran hat nicht nur die Landesregierung ihren Anteil, wenn sie diesen Kus aufnimmt. Vielmehr muss man immer wieder den Finger auf Berlin richten, und da ist es die schwarz-gelbe Bundesregierung, die dafür verantwortlich ist.

Aber auch die vorherigen Bundesregierungen tragen Verantwortung. Wir hatten zwischen 2000 und 2010 – das konnte man kürzlich noch nachlesen – 50 Milliarden € Steuereinnahmeverluste alleine durch die Steuersenkungspolitik der Regierungen zwischen 2000 und 2010. Das war die reale Auswirkung dieser Politik, und das macht deutlich, dass damit genau der falsche Weg beschritten worden ist.

Vielleicht noch etwas zum Thema WestLB, weil das heute auch schon angesprochen worden ist. Das Milliardengrab der WestLB ist wiedereröffnet. Ich habe gestern mit großem Interesse gelesen, was die EU beschlossen hat. Wir erleben ganz real die Situation, dass 2.500 bis 3.000 Arbeitsplätze verlorengehen. Das hängt auch mit der Politik zusammen, die hier im Landtag Nordrhein-Westfalen von der Mehrheit gemacht wird. Und wir erleben, dass das Land wieder in Haftung genommen wird. Wir werden wieder erleben, dass zweistellige Milliardenzahlungen an die WestLB vonnöten sind. Ich bin sehr gespannt, wann Sie mit diesen Punkten hier im Landtag überkommen werden. Ich kann dazu nur sagen: Wir als Linke sind da ganz klar und lehnen das klar ab.

(Beifall von der LINKEN)

Wir finden es völlig falsch, dass hier immer wieder Milliarden für die WestLB zur Verfügung gestellt werden, aber die Haushalte der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen unterfinanziert sind und eine unsoziale und in vielen Bereichen im Übrigen auch unökologische Politik – das an meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen von den Grünen – gemacht wird. Daher wäre es dringend nötig, mehr Geld in eine ökologischere Politik in Nordrhein-Westfalen zu investieren.

Ich möchte nun etwas zu den Zielen und Vorstellungen der Linken sagen. Wir haben zweimal den Landeshaushalt mitgetragen. Dass wir hier überhaupt noch in dieser Zusammensetzung im Landtag sind, hat sicherlich einiges damit zu tun, dass wir gesagt haben, dass es da richtige Schritte gab. Wir erleben jetzt, wie gesagt, eine Abkehr in eine andere Richtung. Ich bin sehr gespannt, ob SPD und Grüne das in dieser Form fortschreiben wollen.

Wir als Linke haben sehr deutlich gesagt, dass wir keinen Sozialabbau, keine Privatisierung und keinen Personalabbau in Nordrhein-Westfalen wollen. Wir haben auch sehr Deutliches zur WestLB gesagt. Wir wollen – das haben wir mit unserem Parteitagbeschluss sehr deutlich unterstrichen –, dass ein substantieller Teil der Steuermehreinnahmen für zusätzliche Investitionen in

gesellschaftlich dringliche Belange ausgegeben wird. Wir wollen endlich – endlich! – ein wirkliches Sozialticket in Nordrhein-Westfalen, und zwar landesweit und zu einem Preis von 15 €.

(Beifall von der LINKEN)

Dies wollen wir auch in diesem Haushalt verankert wissen. Was Sie machen, ist alles andere als ein Sozialticket. Landesweit wird es auch nicht eingeführt. Von daher ist es im Grunde mit dem Grundgesetz nicht in Übereinstimmung, das ja von gleichen Lebensverhältnissen ausgeht. In Nordrhein-Westfalen wird das nicht eingehalten, da es gerade einmal beim VRR ein Sozialticket gibt, das aufgrund des Preises von knapp 30 € noch nicht einmal seinen Namen verdient.

Darüber hinaus wollen wir mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Ich habe sehr konkret etwas zu den Steuerprüferinnen und Steuerprüfern gesagt. Da haben wir nach wie vor einen enormen Mangel und damit Nachholbedarf.

Wir wollen natürlich auch höhere Zuweisungen an die Kommunen; das wird gleich noch Thema bei der Beratung über das GFG sein. Vor allem brauchen wir eine deutliche Erhöhung der Mittel für soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen. Wir müssen endlich für eine andere Finanzierung der Kindergärten sorgen.

Darüber hinaus sage ich sehr deutlich, weil auch das ein Riesenproblem ist: Der soziale Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile chronisch unterfinanziert. In der Stadt, aus der ich komme, nämlich in Münster, ist es beispielsweise so, dass wir im Vergleich zu vor zehn Jahren nur noch die Hälfte des sozialen Wohnraums zur Verfügung haben. Auch da muss dringend investiert werden.

Diese Forderungen erheben wir als Linke sehr deutlich. Sie sind, glaube ich, sehr klar.

Ich sage aber noch Folgendes: Die Lobbypolitik in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor massiv vorhanden. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel die Feste der Staatskanzlei in Berlin usw. nach wie vor vollständig von Sponsoren finanziert werden. Das geht überhaupt nicht. Die Lobbypolitik, die früher hier gemacht worden ist und zur Abwahl von Herrn Rüttgers als Ministerpräsidenten beigetragen hat, ist massiv kritisiert worden. Immer wieder wurden Sponsoren Tür und Tor geöffnet. Man hatte direkten Zugang bis hin zu Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten.

Eine Fortsetzung dieser Politik ist völlig inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass diese Feste von Lobbys, von Großinvestoren wie RWE, E.ON und anderen finanziert werden, von Energiekonzernen, die gleichzeitig klare politische Forderungen haben. Derzeit gibt es vor allem in den Medien eine Debatte über den Bundespräsidenten Herrn Wulff und seine viel zu große Nähe zur Wirtschaft. Dies wird sehr deutlich kritisiert. So etwas können und sollten wir in Nordrhein-Westfalen nicht dulden.

(Beifall von der LINKEN)

Ich kann nur an Sie alle appellieren, endlich davon wegzukommen, dass Veranstaltungen der Landesregierung von Lobbygruppen finanziert und Rundgänge veranstaltet werden, sodass man Fotos von der Ministerpräsidentin und den Ministern vor Stellwänden der Konzerne sehen kann. Davon müssen wir endlich wegkommen. Wir brauchen auch in dieser Frage einen deutlichen Kurswechsel. In Kürze werden wir darüber eine Anhörung haben. Die Linke hat hierzu einen Antrag eingebracht. Ich bin sehr gespannt, was Organisationen wie Transparency International und andere dazu sagen, wie sie es bewerten, dass diese Politik hier immer noch weiterbetrieben wird.

Ich komme zum Schluss. Original sozial auch nach der Wahl – dafür steht allein Die Linke im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sind sehr gespannt auf die Haushaltsberatungen in den nächsten Monaten. Das Verfahren kritisieren wir sehr deutlich. Wir als Linke hätten uns gewünscht, dass der Haushalt heute nicht eingebracht, sondern verabschiedet wird. Das wäre das richtige Zeichen für Sicherheit und Garantie für eine sozialere und ökologischere Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen gewesen. Dieses Zeichen haben Sie nicht gegeben. Sie haben erst heute den Haushalt eingebracht. Sie verschleppen das bis ins nächste Jahr, und zwar – das glaube ich immer noch – aus wahltaktischen Gründen. Vor allem bin ich gespannt, wie sich die FDP mit den roten Schuhen in den Haushaltsberatungen verhalten wird.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Sagel, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Das wird also sehr spannend werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Sagel. – Wir sind damit am Schluss der Beratung zur Einbringung des Haushaltsplans und der Finanzplanung.